

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	21
A. Einführung .....	23
I. Anlass der Untersuchung .....	23
1. Der Fall: Betrug zu Lasten einer Terrororganisation .....	24
2. Die Rechtsprechung als Verfechterin des wirtschaftlichen Vermögensbegriffs .....	24
3. Das Literaturecho .....	25
a) Die Kritiker .....	25
b) Die Fürsprecherin .....	26
c) Bewertung .....	26
4. Fazit .....	28
II. Gegenstand der Untersuchung .....	28
1. Eigene Analyse: Die (übersehene) Rolle des VereinsG .....	29
2. Zu analysierender Fall: Betrug zu Lasten eines Mitglieds eines verbotenen Vereins .....	29
III. Gang der Untersuchung .....	31
B. Einordnung des Widerspruchs zwischen Vereins- und Strafrecht .....	33
I. Analyse: Betrugsstrafrechtlicher Vermögensschutz .....	33
1. Schutzzweck des Betrugs .....	33
2. Strafrechtliche Einziehung und Vermögensschutz .....	35
3. Relevanz des strafrechtlichen Vermögensbegriffs .....	37
a) Vermögensbegriffe .....	38
aa) Der juristische Vermögensbegriff .....	38
bb) Der wirtschaftliche Vermögensbegriff .....	39
cc) Der juristisch-ökonomische Vermögensbegriff .....	41
dd) Der personale Vermögensbegriff .....	43
ee) Der funktionale Vermögensbegriff .....	43

ff) Der normativ-ökonomische Vermögensbegriff .....	44
gg) Zwischenfazit .....	45
b) Überzeugend: Die normative Komponente .....	45
aa) Keine Sorge vor rechtsfreien Räumen .....	46
bb) Zivilrechtlicher Besitzschutz hilft nicht weiter .....	48
cc) Kohärenz mit Eigentumsdelikten möglich .....	49
dd) Inkonsequenz der rein wirtschaftlichen Betrachtung .....	50
ee) Unbestimmtheit der rein wirtschaftlichen Betrachtung ....	51
ff) Zwischenfazit .....	52
4. Fazit: Normativ geprägter Vermögensbegriff als Grundlage für die Berücksichtigung des Widerspruchs .....	52
II. Analyse: Vereinsgesetzliche Einziehung .....	53
1. Einordnung in das Maßnahmenprogramm des VereinsG .....	53
a) Beschlagnahme .....	53
b) Abwicklung .....	54
2. Voraussetzungen der Einziehung .....	54
a) Besondere Einziehungsanordnung .....	54
b) Anknüpfen an Verbotstatbestand .....	55
aa) Erster Verbotgrund: Verstoß gegen Strafgesetze .....	55
bb) Zweiter Verbotgrund: Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung .....	56
cc) Dritter Verbotgrund: Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung .....	58
3. Rechtsfolgen der Einziehung .....	58
a) Umfang der Einziehung .....	59
aa) Vereinsvermögen .....	59
bb) Gegenstände Dritter .....	60
cc) Verzicht auf Vermögenseinziehung .....	61
b) Erfasste Vermögen inhabende Rechtssubjekte .....	62
aa) Verein und Teilorganisation .....	63
bb) Ersatzorganisation .....	63
cc) Dritte .....	64
c) Zwischenfazit .....	64

4. Charakter und Zweck der Vermögensentziehung .....	64
a) Charakter .....	65
b) Doppelte Zwecksetzung .....	66
5. Wertbestimmung im Kontext der vereinsrechtlichen Entziehungsvorschriften .....	66
6. Fazit: Umfassende Abschöpfung und Auslöschung des Vermögensinhabers durch das VereinsG .....	67
III. Der Wertungswiderspruch .....	68
1. Einordnung des Widerspruchs .....	68
a) Logischer Widerspruch .....	69
b) Terminologischer Widerspruch .....	69
c) Normlogischer Widerspruch .....	70
aa) Deontischer Widerspruch .....	70
bb) Normativer Widerspruch .....	71
d) Wertungswiderspruch .....	72
aa) Voraussetzungen .....	72
bb) Subsumtion .....	73
cc) Konsequenz für den Vermögensbegriff .....	76
e) Zwischenfazit: Wertungswiderspruch liegt vor .....	76
2. Warum der Wertungswiderspruch aufgelöst werden muss .....	76
a) Einheit der Rechtsordnung .....	77
aa) Konturierung des Begriffs .....	77
bb) Adressierung .....	80
cc) Konsequenz .....	81
b) Im Kontext des Vermögensbegriffs: Legitimes Wirtschaften ....	81
3. Fazit .....	83
IV. Fazit: Wertungswiderspruch muss beachtet werden .....	83
C. Betrachtung des Wertungswiderspruchs im Lichte der Gesamtrechtsordnung .....	85
I. Strafrechtliche Flankierung des Wertungswiderspruchs .....	86
1. Argumentation: Schutzwürdigkeit kraft Entziehung .....	86
a) Eigentum des Staates .....	86

b) Generalpräventive Zwecksetzung .....	89
c) Kein Zirkelschluss .....	90
d) Zwischenfazit .....	91
e) Konsequenz für die vereinsrechtliche Einziehung .....	91
aa) Eigentum des Staates .....	91
bb) (General)präventive Zwecksetzung .....	91
cc) Zwischenfazit: Übertragbarkeit der Argumentation auf vereinsrechtliche Einziehung .....	92
2. Analyse: Strafrechtliche Einziehung .....	92
a) Überblick .....	93
b) Voraussetzungen der Einziehung .....	93
aa) Die einfache Einziehung .....	93
bb) Die erweiterte Einziehung .....	94
c) Beschränkung der Einziehung .....	95
aa) Ausschluss der Einziehung .....	95
bb) Absehen von der Einziehung .....	95
cc) Unterbleiben der Vollstreckung .....	95
dd) Zwischenfazit .....	96
d) Rechtsfolgen der Einziehung .....	96
aa) Umfang der Einziehung .....	97
bb) Erfasste Einziehungsbetroffene .....	98
cc) Zwischenfazit .....	99
e) Zweck und Charakter der strafrechtlichen Einziehung .....	99
aa) Zwecksetzung .....	99
bb) Charakter .....	100
f) Wertbestimmung im Kontext der strafrechtlichen Einziehungsvorschriften .....	102
g) Zwischenfazit: Grenzen der strafrechtlichen Einziehung .....	103
3. Vergleich von straf- und vereinsrechtlicher Einziehung .....	103
a) Gemeinsamkeiten .....	104
aa) Staat als neuer Rechtsträger .....	104
bb) Maßnahme ohne Strafcharakter .....	104
cc) Präventionszweck .....	104

dd) Wirtschaftlicher Maßstab .....	105
ee) Zwischenfazit .....	105
b) Unterschiede .....	105
aa) Unterschiedliche Beschränkungsmöglichkeiten der Einzahlung .....	106
bb) Unterschiedliche Voraussetzungen: VereinsG geht über StGB-Verstoß hinaus .....	106
cc) Unterschiedlicher Bezugspunkt der Abschöpfung: VereinsG schöpft umfassend und nicht tatbezogen ab .....	107
dd) Unterschiedliche Konsequenz für Rechtssubjekt: VereinsG normiert das Erlöschen .....	108
ee) Zwischenfazit: Vereinsrechtliche Einziehung geht über die strafrechtliche Einziehung hinaus .....	109
c) Zwischenfazit für den Vergleich: Argumentation kann uneingeschränkt übertragen werden .....	109
4. Fazit zur strafrechtlichen Flankierung des Wertungswiderspruchs .....	110
II. Zivilrechtliche Flankierung des Wertungswiderspruchs .....	110
1. Keine Primäransprüche .....	111
a) Verstoß gegen gesetzliches Verbot .....	111
b) Verstoß gegen die guten Sitten .....	112
2. Keine Sekundäransprüche .....	112
a) Kein Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 263 StGB .....	112
b) Kein Anspruch aus § 826 BGB .....	113
c) Kein Anspruch aus § 812 Abs. 1 BGB .....	113
d) Kein Anspruch aus § 985 BGB .....	114
3. Fazit: Keine zivilrechtlichen Ansprüche .....	114
4. Weitere zivilrechtliche Folgen .....	115
a) Keine Anwendung zivilrechtlicher Abwicklungsregulatorik ..	115
b) Eintragung in öffentliche Register .....	115
c) Auswirkung auf zivilrechtliche Beziehungen .....	116
5. Fazit zur zivilrechtlichen Flankierung des Wertungswiderspruchs .....	116

III. Verfassungsrechtliche Flankierung des Wertungswiderspruchs .....	117
1. Grundrechtliche Verankerung des VereinsG .....	117
2. Strafverfassungsrecht .....	118
a) Forschungsgegenstand .....	119
b) Zwischenfazit .....	121
3. Verfassungsrechtliche Grenzen des Strafrechts .....	121
a) Strafrecht als ultima ratio .....	122
b) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	123
c) Fragmentarischer Charakter und Subsidiarität des Strafrechts .....	126
d) Zwischenfazit .....	127
4. Verfassungsrechtliche Maßstäbe für das Strafrecht .....	127
a) Grundrechte .....	128
aa) Grundrechte als Wertordnung .....	129
bb) Verfassungskonforme Auslegung .....	131
cc) Verfassungsorientierte Auslegung .....	132
dd) Bedeutung der Grundrechte im strafrechtlichen Deliktsaufbau .....	134
ee) Zwischenfazit .....	136
b) Prinzip der Einheit der Rechtsordnung .....	137
aa) Verfassungsrechtliche Dimension .....	138
bb) Bedeutung für den Wertungswiderspruch .....	142
cc) Zwischenfazit: Verletzung des Prinzips der Einheit der Rechtsordnung .....	144
c) Zwischenfazit .....	145
5. Fazit zur verfassungsrechtlichen Flankierung des Wertungswiderspruchs .....	145
IV. Fazit: Argumente folgen aus Gesamtrechtsordnung .....	146

D. Eigener Lösungsansatz .....	147
I. Instrumente für die Auflösung des Wertungswiderspruchs .....	147
1. Analogie .....	147
2. Teleologische Reduktion .....	148
3. Korrektur des Strafrahmens .....	149
4. Auslegung .....	150
5. Fazit: Auslegung von § 263 StGB .....	151
II. Einzelne Kriterien für das Vorliegen des Wertungswiderspruchs ...	151
1. Eindeutige rechtliche Missbilligung durch Vereinsverbot und Einziehungsanordnung .....	153
a) Bestimmung des Zeitpunkts .....	154
aa) Zeitpunkt vor Erlass der Verbotsverfügung .....	154
bb) Materielle Bestandskraft: Wirksame Verbotsverfügung .	155
cc) Vollziehbarkeit der Verbotsverfügung .....	155
dd) Formelle Bestandskraft: Unanfechtbare Verbotsverfügung .....	156
ee) Zwischenfazit: Unanfechtbarkeit von Vereinsverbot und Einziehungsanordnung .....	157
b) Ausstrahlungswirkung in die Zukunft .....	158
c) Berücksichtigung behördlicher Entscheidungen bei der Auslegung von Strafnormen .....	158
aa) Grundsatz der Gewaltenteilung .....	159
bb) Formen der Akzessorietät .....	160
cc) Möglichkeit der Berücksichtigung der Verbotsentscheidung .....	161
dd) Zwischenfazit: Strafgericht kann behördliche Entscheidung berücksichtigen .....	162
d) Zwischenfazit: Vereinsverbot und Einziehungsanordnung müssen unanfechtbar sein .....	163
2. Persönlicher Anwendungsbereich .....	163
a) Maßstab .....	163
b) Verbotene Organisation .....	164
c) Mitglied .....	165
d) Nichtmitglied .....	166

e) Kritik .....	167
aa) Viktimodogmatik .....	167
bb) Feindstrafrecht .....	168
f) Zwischenfazit .....	170
3. Einsatz des Vermögens zu rechtlich missbilligten Zwecken .....	170
a) Abgrenzung zur Individualsphäre .....	170
b) Konkrete Zweckbestimmung .....	171
aa) Zweck der Terrorismusfinanzierung .....	171
bb) Anknüpfen an vereinsrechtliche Zurechnungskriterien .....	172
cc) Rechtlich missbilligter Zweck: Einsatz zu verbotenen Zielen des Vereins .....	174
c) Zwischenfazit .....	175
4. Relevanter räumlicher Geltungsbereich .....	176
a) Ausländervereine .....	176
b) Ausländische Vereine .....	177
c) Zwischenfazit .....	178
5. Fazit: Übersicht über die drei einzelnen Kriterien .....	178
III. Rechtsfolge .....	179
1. Keine Betrugsstrafbarkeit .....	180
a) Kein vollendeter Betrug .....	180
b) Untauglicher Versuch und Wahndelikt .....	180
aa) Kein untauglicher Versuch .....	180
bb) Wahndelikt .....	181
2. Alternative Strafbarkeit .....	181
a) Geldwäsche .....	181
b) Vereinigungsstrafrecht .....	183
c) Versuch der Beteiligung .....	184
3. Fazit: Keine Strafbarkeitslücke .....	184
IV. Auseinandersetzung mit denkbaren Kritik .....	185
1. Vereinbarkeit mit der Auslegung des Vermögensbegriffs .....	185
a) Wortlaut .....	185
b) Systematik .....	187



c) Historie .....	188
d) Telos .....	189
e) Zwischenfazit .....	190
2. Vereinbarkeit mit strafverfassungsrechtlichen Garantien .....	190
3. Keine Umgehung der Vorlagepflicht .....	192
4. Weder Freibrief noch Anreiz .....	192
a) Kein Freibrief .....	192
b) Kein Anreiz .....	195
c) Zwischenfazit .....	196
5. Kein Verstoß gegen den ne bis in idem-Grundsatz .....	197
6. Keine Divergenz zu Eigentumsdelikten .....	197
7. Fazit: Kritik kann entkräftet werden .....	198
V. Fazit: Wertungswiderspruch kann durch eigenen Lösungsvorschlag erkannt und aufgelöst werden .....	199
E. Anwendungsfälle und parallel gelagerter Wertungswiderspruch .....	201
I. Praktische Anwendungsfälle .....	201
1. Rechtsextremismus .....	202
a) Verbote rechtsextremistischer Vereine .....	202
b) Anwendungsbeispiel .....	203
aa) Fall .....	204
bb) Rechtliche Bewertung .....	204
2. Linksextremismus .....	204
a) Verbote linksextremistischer Vereine .....	205
b) Anwendungsbeispiel .....	206
aa) Fall .....	206
bb) Rechtliche Bewertung .....	206
3. Islamismus .....	207
a) Verbote islamistischer Vereine .....	207
b) Anwendungsbeispiel .....	208
aa) Fall .....	208
bb) Rechtliche Bewertung .....	209

4. Rockergruppierungen .....	209
a) Verbote von Rockergruppierungen .....	210
b) Anwendungsbeispiel .....	211
aa) Fall .....	211
bb) Rechtliche Bewertung .....	211
5. Reichsbürgerliche Vereinigungen .....	211
a) Verbot einer Reichsbürger-Vereinigung .....	212
b) Anwendungsbeispiel .....	213
aa) Fall .....	213
bb) Rechtliche Bewertung .....	213
6. Fazit .....	214
II. Parallel gelagerter Wertungswiderspruch: Parteiverbot und Einziehung .....	214
1. Wertungswiderspruch .....	215
a) Zu analysierender Fall: Betrug zu Lasten eines Mitglieds einer verbotenen Partei .....	215
b) Maßstab .....	215
aa) Eindeutige rechtliche Missbilligung durch Parteiverbot und Einziehung .....	216
bb) Persönlicher Anwendungsbereich: Parteimitglied .....	218
cc) Einsatz des Vermögens zu rechtlich missbilligten Zwecken .....	218
c) Zwischenfazit .....	221
2. Rechtsmethodologische Überprüfung .....	222
a) Voraussetzungen eines Wertungswiderspruchs .....	222
aa) Ergebnis .....	223
bb) Begründung .....	223
cc) Widerspruch .....	224
b) Zwischenfazit .....	225
3. Praktische Anwendungsfälle .....	225
a) Parteiverbotsverfahren .....	225
b) Zwischenfazit .....	226
4. Fazit .....	226

III. Nicht geeignete Anknüpfungspunkte .....	227
1. Anknüpfung an Struktur des Verbotssubjekts .....	227
2. Anknüpfung an Einziehungsvorschriften in anderen Gesetzen .....	228
3. Fazit .....	229
IV. Fazit: Lösungsvorschlag ist praxistauglich .....	229
F. Zusammenfassung und Ergebnisse der Untersuchung .....	231
G. Literaturverzeichnis .....	237